

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 17.10.2006

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 20:10 Uhr

Anwesenheit: siehe Anlage 1

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Zum TOP 4.0

An der sehr ausführlichen Diskussion beteiligten sich Herr Dr. Meerheim, Frau Wolff, Frau Weiß, Herr Godenrath, Herr Wolter, Herr Schramm, Frau Häußler und Frau Hock.

Frau Häußler führte aus, dass der TOP 4.0 vorsorglich in die Tagesordnung aufgenommen wurde. Dies habe sich als richtig erwiesen, da es in der Sondersitzung des Ausschusses zum Haushalt am 10.10.2006 offensichtlich zu Missverständnissen gekommen sei. Diese wurden in einer kurzfristig anberaumten Fraktionsvorsitzendenrunde am 13.10.2006 aufgeklärt und man sei zu der Übereinstimmung gekommen, den Haushalt in der heutigen Sitzung zu beraten. Frau Häußler erläuterte die gesetzlichen und sachlichen Gründe für die vorliegende Aktualität der Unterlagen. Sie stellte den **Antrag**, den Vertagungsbeschluss aus der Sitzung am 10.10.2006 zurückzunehmen.

Auf Nachfrage zum Maßnahmeblatt Bäder erläuterte Frau Hock, dass im Jahr 2005 eine Marktanfrage gelaufen sei, die nicht den gewünschten Erfolg gebracht habe. Aus diesem Grund müsse an der Maßnahme weiter gearbeitet werden, um den geplanten Haushaltskonsolidierungseffekt auf einem anderen Weg zu realisieren.

Frau Häußler nahm die Kritik, dass der von der Verwaltung zugesagte Vierteljahresbericht über die Umsetzung der Haushaltskonsolidierung nicht vorgelegt worden sei, entgegen und sagte zu, diese Zusage zukünftig einzuhalten. **Als ersten Schritt sicherte Sie zu, den Mitgliedern die Umsetzungsliste der Maßnahmen zu übergeben.**

Die Mitglieder wiesen darauf hin, dass ein Beschluss nur dann Sinn mache, wenn die Inhalte der Vorlage genehmigungsfähig seien. Das Konzept zum Abbau der Altdefizite sei nicht schlüssig. Seit 5 Monaten hat sich aus Sicht von außen nichts geändert. Jetzt stehe man unter einem enormem Beschlussdruck.

Frau Häußler erläuterte, dass die Finanzplanung im Mai noch nicht genehmigungsfähig untersetzt gewesen sei. Es wurde entschieden, dass es durch die Haushaltskonsolidierung nicht zur Schwächung des Stadtwerkekonzerns kommen solle, um die Querfinanzierung der HAVAG nicht zu gefährden. Aus diesem Grund musste das Konzept zum Abbau der Altdefizite umgearbeitet werden. Hinzu kam die Verschlechterung der Einnahmesituation. Es entstand die Situation, dass 100 Mio. € mehr als ursprünglich angenommen untersetzt werden mussten. Es folgten die ausführlichen Diskussionen mit und innerhalb der Fraktionen, die sehr unterschiedliche Ansichten zu möglichen Haushaltskonsolidierungsfeldern vertraten (Wohnungswirtschaft). Bezüglich der Ansätze des Verwaltungs- und des Vermögenshaushaltes habe es keinen Dissens zwischen der Verwaltung und der Politik gegeben.

Bezüglich der Konsolidierungsmaßnahme Wohnungswirtschaft führte Frau Häußler aufgrund einer Nachfrage aus, dass die Maßnahme an sich mit der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan beschlossen werde, da diese Bestandteil des Haushaltskonsolidierungskonzeptes sei, welches wiederum eine Anlage zum Haushalt sei. Dieses Maßnahmeblatt wurde von der Verwaltung überarbeitet und liege den Ausschussmitgliedern vor. Die Vertagung der Vorlage der Mittelfreigabe erfolgte aus dem Grund, weil die Fraktionen noch Diskussionsbedarf angemeldet haben. Die Freigabe an sich soll laut Stadtratsbeschluss durch den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften erfolgen.

Frau Häußler und Frau Müller bestätigten, dass alle Änderungen der Fachausschüsse und der über- / außerplanmäßigen Ausgaben, die bereits genehmigt wurden, in das Zahlenwerk eingearbeitet wurden.

Frau Weiß machte darauf aufmerksam, dass offensichtlich der Beschluss des Ausschusses vom 17.01.2006 bezüglich der Umwandlung der Beamtenstelle in eine Angestelltenstelle des Fachbereichsleiters / der Fachbereichsleiterin des Fachbereiches Organisation und Personalservice nicht umgesetzt wurde.

Frau Häußler wies darauf hin, dass es dem Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften nicht obliege, so einen Beschluss zu fassen.

Frau Weiß wies auf ein Schreiben des Landesverwaltungsamtes vom 19. Mai 2006 bezüglich der Zuständigkeit für Beschlüsse über den Stellenplan als Bestandteil des Haushaltsplanes und der Haushaltssatzung hin. Dieses wird der Niederschrift des nicht öffentlichen Teils als Anlage 1 beigelegt.

Abstimmung zum Antrag der Verwaltung auf Aufhebung des Vertagungsbeschlusses des Haushaltsplanes in der Sitzung am 10.10.2006:

10 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis zur Tagesordnung:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Folgende Tagesordnung wurde beschlossen:

3. Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 12.09.2006
4. Vorlagen
 - 4.0. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2006, sowie participationsbericht über das Jahr 2004
Vorlage: IV/2005/05503
 - 4.1 Jahresabschluss für das Psychiatrische Krankenhaus Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2005
Vorlage: IV/2006/05983
 - 4.2. Wirtschaftsplan 2007 des Psychiatrischen Krankenhauses Halle (Saale)
Vorlage: IV/2006/05982
 - 4.3. Programmkonzept und Kosten der Händel-Festspiele vom 31. Mai bis 10. Juni 2007 in der Stadt Halle (Saale); Eintrittspreisgestaltung 2007 und 2008
Vorlage: IV/2006/05970
 - 4.4. Zweite Änderung der Straßenausbaubeitragssatzung
Vorlage: IV/2006/06012
 - 4.4.1 Änderungsantrag zur zweiten Änderung der Straßenausbaubeitragssatzung (Vorlage: IV/2006/06012)
Vorlage: IV/2006/06084
 - 4.5. Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2006/05974
 - 4.6. Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2006/05976
 - 4.7. Antrag auf Mehrausgabe für das Sportzentrum Robert-Koch-Straße, Drei-Felder-Halle, im Haushaltsjahr 2006 während der vorläufigen Haushaltsführung
Vorlage: IV/2006/05956
 - 4.8. Satzung zur Änderung der Satzung für das Kommunalunternehmen "BMA participations-ManagementAnstalt Halle (Saale)", Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Halle (Saale) vom 26.05.2004
Vorlage: IV/2006/05720
 - 4.9. participationsrichtlinien der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2006/05731
 - 4.10. Antrag auf Mehrausgabe für die Durchführung von Veranstaltungen anlässlich der 1200-Jahr-Feier der Stadt Halle (Saale) für das Festjahr 2006 während der vorläufigen Haushaltsführung - Vorlage: IV/2006/06020
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zu einem participationsmodell an der Stadtwerke Halle GmbH
Vorlage: IV/2006/05603

5.2. Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE - Umsetzung des Beschlusses "Umwandlung der Stadtwerke GmbH in eine Aktiengesellschaft"
Vorlage: IV/2006/05594

5.3. Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Bau der Lärmschutzmaßnahme im Gewerbegebiet Halle-Ost
Vorlage: IV/2006/05541

5.3.1 Änderungsantrag zum Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Bau der Lärmschutzmaßnahme im Gewerbegebiet Halle-Ost (Vorlage-Nr.: IV/2006/05541)
Vorlage: IV/2006/06044

6. Anfragen von Stadträten

7. Beantwortung von Anfragen

7.1. Rücklagen städtischer Unternehmen

8. Anregungen

9. Mitteilungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 12.09.2006

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 12.09.2006 wird beschlossen.

zu 4 Vorlagen

zu 4.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2006, sowie participationsbericht über das Jahr 2004
Vorlage: IV/2005/05503

An der Diskussion beteiligten sich Frau Wolff, Herr Dr. Meerheim, Herr Wolter, Frau Weiß, Herr Godenrath, Herr Schramm, Herr Bönisch, Herr Koehn, Frau Häußler, Herr Dr. Marquardt, Frau Müller, Frau Schmidt, Frau Riese und Herr Heinz.

Bezüglich der Kritik der Ausschussmitglieder, dass zur Höhe des städtischen Defizits häufig veränderte Angaben gemacht werden, führte Frau Häußler aus, dass sich Änderungen aufgrund der laufenden Entwicklung notwendig machen, z. B. durch die eingetretenen Veränderungen bei Hartz IV und den Steuerschätzungen.

Herr Dr. Meerheim machte darauf aufmerksam, dass die Entwicklung der Zuarbeit des FB 20 zu entnehmen sei.

Frau Schmidt führte aus, dass eine umfassende Darstellung bezüglich der Auswirkungen von Hartz IV zurzeit erarbeitet werde, um die Verflechtung der einzelnen Haushaltsstellen offen zu legen. Dafür müssen umfassende Betrachtungen angestellt werden.

Die Mitglieder baten, ihnen diese Darstellung nach Möglichkeit vor der Sitzung des Stadtrates am 25.10.2006 zu übergeben.

Auf Nachfrage erläuterte Frau Riese, dass die geplanten Ausgaben für die Weststraße im Ausschuss für Finanzen, städtisch Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften durch eine Mehrausgabe in 2006 gesichert seien. In der Abrechnung des IST werden diese dargestellt.

Bezüglich der Ausgaben für freiwillige Aufgaben legte Frau Häußler dar, dass diese Ausgaben entsprechend der gesetzlichen Möglichkeiten getätigt worden seien. Für einen großen Teil der Freien Träger liegen Verträge bzw. Vereinbarungen mit der Stadt vor. Diese haben bisher eine Förderung in Höhe von 75 % erhalten. Für neue Projekte seien keine Freigaben erfolgt. Eine diesbezügliche Übersicht der zwar geplanten, aber noch offenen Beträge liege für die Gesamtverwaltung nicht vor. Es handele sich aber um kleinere Beträge. Herr Dr. Marquardt wies darauf hin, dass es sich im Kulturbereich um einen Betrag von ca. 70 T€ handele.

Zur Verpflichtungsermächtigung für den Autobahnzubringer Halle-Ost / A 14 legte Herr Heinz auf Anfrage dar, dass das Bundesamt zurzeit die Baumaßnahme durchführe und die Fördermittel noch bis zum Jahr 2010 eingehen werden. Grundlage hierfür sei der entsprechende Beschluss des Stadtrates.

In Bezug auf die Verpflichtungsermächtigung für den Roten Turm wies Frau Häußler darauf hin, dass diese Maßnahme nach der Haushaltsklausur der Beigeordneten für den Haushaltsplan 2007 nicht mehr mit der Priorität 1 unterlegt sei, da die Eigenmittel für die Umsetzung der geplanten Maßnahme fehlen.

Frau Müller bestätigte, dass die Mittel für PPP für die Ausschreibung im Verwaltungshaushalt eingearbeitet seien.

In Bezug auf die Genehmigungsfähigkeit der Unterlagen bemerkte Frau Häußler, dass es Gespräche mit Vertretern des Landesverwaltungsamtes gegeben habe. Zu den Auswirkungen eines Nichtbeschlusses des Haushaltes hob sie hervor, dass Haushaltsausgabereste in Höhe von ca. 14,7 Mio. € nicht gebildet werden könnten. Davon seien u. a. Maßnahmen wie die Datenverarbeitung innerhalb der Verwaltung, Grunderwerb für die Stadt und das Cantor Gymnasium betroffen. Um diesen Betrag würde sich der Bedarf der Kreditaufnahme im kommenden Jahr erhöhen.

Was die Darstellung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen (insbesondere die Aufteilung auf Jahresscheiben) betrifft, stellte Frau Häußler dar, dass diese aufgrund einer Bitte und in Absprache mit dem Landesverwaltungsamt so gewählt wurde. Durch die zugesagten Vierteljahresberichte sollen eine bessere Verständlichkeit und eine Nachvollziehbarkeit der Maßnahmen erreicht werden.

Einige Mitglieder des Ausschusses betonten wiederholt einerseits die Unzufriedenheit mit dem Verfahren und andererseits, dass sie sich dem Druck ausgesetzt sehen, aufgrund der Haushaltsausgabereise und des weiteren Verfahrens für das Haushaltsjahr 2007 dem Beschlussvorschlag zuzustimmen. Es sei eine überaus schwierige Beratungslage entstanden. Dem Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften könne aber kein Vorwurf gemacht werden. Dieser habe sich sehr bemüht. Die Genehmigungsfähigkeit der Unterlagen wurde angezweifelt.

Von Mitgliedern des Ausschusses wurde dargestellt, dass die 14,7 Mio. € keinen Verlust in dem Sinne darstellen, sondern eine Verbesserung des Jahresergebnisses 2006. Die Maßnahmen werden in Gänze sicherlich nicht scheitern, da durch die Stadt bereits Rechtsverpflichtungen eingegangen wurden.

Frau Häußler stellte dar, dass diese geplanten Maßnahmen in das Jahr 2007 verschoben werden müssten, da sie mit einer sehr hohen, z. T. unaufschiebbaren Priorität versehen seien (z. B. Rettungswege in Kita's oder Schulen). Im Jahr 2007 seien aber auch schon Maßnahmen geplant und die Haushaltslage nicht entspannter. Frau Müller fügte an, dass eine Neuveranschlagung von Fortführungsmaßnahmen sehr kompliziert darstellbar sei. Auch eine Darstellung, wie viel Eigenmittel enthalten seien, welches Förderprogramm betroffen sei, ob dieses evtl. auslaufe, ob eine Übertragung in das Jahr 2007 überhaupt möglich sei, würde sehr aufwändige Prüfungen nach sich ziehen.

Frau Häußler legte dar, dass eine Ablehnung des Haushaltes 2006 auch die Auswirkung auf den Haushalt 2007 habe, dass dieser später als geplant eingebracht werden könne, da die Grundlage (Haushalt 2006) nicht gegeben sei und das vorläufige IST 2006 die Grundlage für die dann anlaufenden Planungen bilden würde. Mit diesem sei frühestens Mitte Februar zu rechnen.

Aus den Reihen der Mitglieder wurde darauf hingewiesen, dass die Konsolidierungsmaßnahmen Beitrag aus der Wohnungswirtschaft und Erlöse aus Immobilienverkäufe im Widerspruch stehen.

Frau Häußler erläuterte, dass dies von der Entscheidung abhängig sei, wie sich die kommunale Wohnungswirtschaft umstrukturiere. Auf das Jahr 2007 habe es noch keine Auswirkungen. Das neue Konzept solle abgewartet werden. Sollten die Maßnahmen so nicht umzusetzen sein, könne es jederzeit durch den Stadtrat korrigiert werden.

Herr Koehn stellte den **Geschäftsordnungsantrag** auf Abbruch der Diskussion zum Tagesordnungspunkt.

Abstimmung:

6 Ja-Stimmen
mehrheitlich zugestimmt

Abstimmungsergebnis des Beschlusses:

5 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
4 Enthaltungen
mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2006, den Haushaltsplan 2006 und das Haushaltskonsolidierungskonzept am 25.10.2006
2. Der Stadtrat nimmt den participationsbericht 2004 zur Kenntnis.

**zu 4.1.1 Jahresabschluss für das Psychiatrische Krankenhaus Halle (Saale)
für das Wirtschaftsjahr 2005
Vorlage: IV/2006/05983**

Frau Wolff kritisierte, dass die Fraktion UNABHÄNGIGE + NEUES FORUM nicht die Unterlagen für die Sitzungen des Eigenbetriebes erhalte. Diese stehen der Fraktion lt. Eigenbetriebssatzung zu und da die Fraktion im Ausschuss nicht persönlich vertreten sei, seien die Unterlagen sehr wichtig.

Frau Stracke-Ernst bat um Entschuldigung für das Versehen und sagte die zukünftige Übersendung der Unterlagen zu.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Jahresabschluss für das Psychiatrische Krankenhaus Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2005 wird festgestellt.
2. Der Leitung des Psychiatrischen Krankenhauses Halle (Saale) wird für das Wirtschaftsjahr 2005 gemäß § 18 Abs. 4 Satz 2 EigenBG LSA Entlastung erteilt.
3. Der Gewinn von 72.450,44 € wird der Gewinnrücklage zugeführt.

**zu 4.2 Wirtschaftsplan 2007 des Psychiatrischen Krankenhauses Halle
(Saale)
Vorlage: IV/2006/05982**

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat beschließt entsprechend § 10 der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb Psychiatrisches Krankenhaus Halle (Saale) den Wirtschaftsplan 2007.

zu 4.3 Programmkonzept und Kosten der Händel-Festspiele vom 31. Mai bis 10. Juni 2007 in der Stadt Halle (Saale); Eintrittspreisgestaltung 2007 und 2008 - Vorlage: IV/2006/05970

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat beschließt das Programmkonzept und den Kostenumfang der Händel-Festspiele 2007 und die Eintrittspreise für 2007 und 2008.

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle: VerwHH:	Einnahmen	1.099.600 €
	Ausgaben	1.573.500 €

**zu 4.4 Zweite Änderung der Straßenausbaubeitragssatzung
Vorlage: IV/2006/06012**

An der Diskussion beteiligten sich Frau Wolff, Herr Wolter, Herr Dr. Meerheim, Herr Bönisch, Herr Godenrath, Herr Koehn, Herr Heinz und Herr Miljukow.

Herr Wolter stellte den unter Punkt 4.4.1 aufgeführten Änderungsantrag und begründete diesen. Beide Tagesordnungspunkte wurden zusammen beraten.

Herr Heinz erläuterte auf Anfrage die Notwendigkeit der Änderung der Satzung und wies ausdrücklich darauf hin, dass eine Reduzierung des Umlageprozentsatzes auf 60 % mit einem sehr großen Risiko verbunden sei, dass die Satzung durch ein Gericht wieder beanstandet werden würde. Die Festlegung der 60 % beruft sich lediglich auf einen Kommentator des KAG-LSA und nicht auf die aktuelle Rechtsprechung durch das Oberverwaltungsgericht. Das Gericht habe bei allgemeinen Klagen gegen die Stadt bezüglich der Straßenausbaubeitragssatzung (z. B. Anzweifeln der Länge der Straße oder Höhe der notwendigen Ausgaben) die Möglichkeit, die Straßenausbaubeitragssatzung in ihrer Gänze zu prüfen.

Die Verwaltung wurde gebeten, die geplanten Mehreinnahmen durch die Satzung in den kommenden Beratungen zur Vorlage nachzureichen.

Was die derzeitigen Bescheide betrifft, führte Herr Heinz aufgrund von Anfragen aus, so wird die Stadt voraussichtlich neu bescheiden und auf die neuen Beitragssätze hochrechnen müssen. Eine ergänzende Rücksprache hierzu bei der Aufsichtsbehörde sei terminiert. Weil das Verwaltungsgericht Halle die halesche Satzung mit den niedrigen Beitragssätzen als zu anliegerfreundlich und damit nichtig einschätzt, sind die Beitragsvorgänge so genannte schwebende Beitragsschuldverhältnisse, wonach erhoben werden kann und voraussichtlich muss. Es bestehe keine Rückzahlungspflicht der bereits

gezahlten Beträge. Bei sozialen Notlagen werden Billigkeitsverfahren eingeleitet und Ratenzahlungen mit den Bürgern vereinbart. Bezüglich des in der Vorlage genannten Urteils wurde keine Berufung eingelegt – das Urteil hat somit Bestandskraft erlangt.

Von den Mitgliedern wurde einerseits darauf hingewiesen, dass sich die zusätzlichen Belastungen auf alle Bürger, bei denen Straßenausbaumaßnahmen durchgeführt werden, auswirken werden, nicht nur auf die Privateigentümer von Grundstücken. Weiterhin wären auch Auswirkungen auf die kommunalen Wohnungsgesellschaften bezüglich der Konsolidierung zu befürchten.

Auf der anderen Seite werde die Kommunalaufsicht zu Recht monieren, dass die Stadt Halle (Saale) angesichts ihrer Finanzmisere nicht alle Einnahmemöglichkeiten ausschöpft.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat beschließt die nachfolgende Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen für den Ausbau von Anlagen im Bereich von öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen der Stadt Halle(Saale) vom 22. Dezember 1999, in der Fassung der Änderungssatzung vom 18. Dezember 2002 - Straßenausbaubeitragssatzung:

- I. § 4 Abs. 2 Nummer 1 erhält folgenden neuen Wortlaut:
“... bei den öffentlichen Einrichtungen, die überwiegend dem Anliegerverkehr dienen 75 %
...“
- II. Diese Satzungsänderung tritt sofort in Kraft.

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle: VerwHH :
VermHH : 2.6300.350000.002

zu 4.4.1 Änderungsantrag zur zweiten Änderung der Straßenausbaubeitragssatzung (Vorlage: IV/2006/06012) Vorlage: IV/2006/06084

Die Diskussion wurde zusammen mit dem TOP 4.4 geführt – siehe dazu die Ausführungen.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
mehrheitlich abgelehnt

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird im Punkt I geändert, § 4 Abs. 2 Nummer 1 erhält folgenden neuen Wortlaut:

„... bei den öffentlichen Einrichtungen, die überwiegend dem Anliegerverkehr dienen **60 %** (75 %)..."

zu 4.5 Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2006/05974

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Halle (Saale) wird beschlossen.

Finanzielle Auswirkung: Keine

zu 4.6 Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2006/05976

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wolter, Herr Godenrath und Frau Balleyer.

Frau Balleyer führte aus, dass im veranschlagten Gebührenzeitraum die Deponie Lochau noch 5 Monate genutzt wurde. Änderungen der Gebührenhöhe seien erst nach dem Bau der neuen Anlage zu erwarten. Zurzeit bestehe noch die Absicht, neu zu bauen. Die Verkleinerung der Behältergröße oder die Veränderung des Abholrhythmus einzelner Bürger haben zu vernachlässigende Effekte auf die Gebührenhöhe, da sich der Aufwand der Stadtwirtschaft dadurch nicht wesentlich, wenn überhaupt verringere.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) wird beschlossen.

Finanzielle Auswirkung:

Keine Auswirkungen auf allgemeine Haushaltsmittel. Betroffen ist der Gebührenhaushalt.

**zu 4.7 Antrag auf Mehrausgabe für das Sportzentrum Robert-Koch-Straße, Drei-Felder-Halle, im Haushaltsjahr 2006 während der vorläufigen Haushaltsführung
Vorlage: IV/2006/05956**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wolter, Herr Dr. Meerheim, Herr Bönisch und Herr Hildebrand.

Herr Hildebrand führte aus, dass die Gespräche mit dem Fördermittelgeber nicht den für die Stadt Halle (Saale) gewünschten Erfolg gebracht haben. Trotz unterschiedlicher Voraussetzungen wurde eine Gleichbehandlung der Städte Magdeburg (Sanierung) und Halle (Neubau) bezüglich der Sportgymnasien durchgesetzt.

Herr Wolter fragte, wann die anteilige Rückerstattung der Stadt Leipzig aufgrund des Scheiterns der Olympiabewerbung an die Stadt Halle (Saale) eingegangen sei. (Antwort: Der Betrag in Höhe von 132.024,50 € wurde an die Stadt Halle (Saale) per 30.12.2004 durch die Stadt Leipzig überwiesen.)

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften beschließt die Mehrausgabe während der vorläufigen Haushaltsführung im Haushaltsjahr 2006 in Höhe von 100.000 EUR für das Sportzentrum Robert-Koch-Straße, Drei-Felder-Halle, Änderung der Medienzuführung.
2. Die Deckung der Mehrausgabe in Höhe von 100.000 EUR erfolgt aus der Rückzahlung von Olympiaanteilen.

**zu 4.8 Satzung zur Änderung der Satzung für das Kommunalunternehmen "BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale)", Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Halle (Saale) vom 26.05.2004
Vorlage: IV/2006/05720**

Herr Wolter sprach sich nicht für eine Satzungsänderung aus.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen
mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat beschließt die nachfolgende Satzung zur Änderung der Satzung für das Kommunalunternehmen „BMA participationsManagementAnstalt Halle (Saale)“, Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Halle (Saale) vom 26.05.2004.

Satzung zur Änderung der Satzung für das Kommunalunternehmen „BMA participationsManagementAnstalt Halle (Saale)“
Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Halle (Saale)
vom 26.05.2004

Die Satzung für das Kommunalunternehmen „BMA participationsManagementAnstalt Halle (Saale)“ Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Halle (Saale) vom 26.05.2004 wird wie folgt geändert:

- 1.) § 7 Abs. 2 Satz 2 der Satzung wird ersatzlos gestrichen.
- 2.) In § 11 Abs. 2 sind die Worte „gemäß § 7 Absatz 2 Buchstabe d) nach vorheriger Zustimmung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale)“ zu streichen.

**zu 4.9 Beteiligungsrichtlinien der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2006/05731**

Herr Lork erläuterte auf Anfrage von Herrn Wolter die Rolle der BMA bei der Beratung der Mitglieder von Gremien der participationsunternehmen der Stadt Halle (Saale).

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat beschließt die als Anlage beigefügten Beteiligungsrichtlinien der Stadt Halle (Saale).

**zu 4.10 Antrag auf Mehrausgabe für die Durchführung von Veranstaltungen
anlässlich der 1200-Jahr-Feier der Stadt Halle (Saale) für das Festjahr
2006 während der vorläufigen Haushaltsführung
Vorlage: IV/2006/06020**

Herr Dr. Furchert führte aufgrund einer Nachfrage von Frau Wolff aus, dass die Vorlage keine Auswirkungen auf den städtischen Haushalt habe, da es sich um so genannte Durchlaufposten handele. Der Betrag in Höhe von 78.000 Euro konnte von Sponsoren, wie z. B. der ÖSA oder enviaM und der Betrag in Höhe von 74.900 Euro von der Lotto-Toto Gesellschaft akquiriert werden.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt:

1.
Die überplanmäßige Ausgabe zur Ausgestaltung von Veranstaltung anlässlich des Stadtjubiläums der Stadt Halle (Saale) in der Haushaltsstelle 1.3661.586100 in Höhe von 152.900 Euro.

2.
Die Deckung der Mehrausgaben wird durch Mehreinnahmen in folgenden Haushaltsstellen gewährleistet:

1.3661.141110 in Höhe von 78.000 Euro
1.3661.176000 in Höhe von 74.900 Euro
Gesamt: 152.900 Euro

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.1 Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
MitBürger zu einem Beteiligungsmodell an der Stadtwerke Halle
GmbH
Vorlage: IV/2006/05603**

Die Diskussion wurde gemeinsam mit dem TOP 5.2 geführt – siehe dazu die Ausführungen.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Ausschusses erklärten sich mehrheitlich damit einverstanden, den Antrag in der Sitzung des Ausschusses am 19.06.2007 erneut zu beraten.

**zu 5.2 Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE - Umsetzung des Beschlusses "Umwandlung der Stadtwerke GmbH in eine Aktiengesellschaft"
Vorlage: IV/2006/05594**

An der Diskussion beteiligten sich Frau Wolff, Herr Wolter, Herr Bönisch, Herr Dr. Meerheim und Herr Lork.

Herr Lork führte aus, dass die in der Sitzung am 12.09.2006 festgelegte Terminsetzung für die Vorlage eines Entscheidungsvorschlages im Februar nicht zu schaffen sei, da die Arbeitsgruppe u. a. ein Rechenmodell erarbeiten, die Prüfung der Möglichkeiten der Beibehaltung von In-House-Geschäften und die Wahl der Rechtsform prüfen solle. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe können nicht ihre gesamte Arbeitskraft zu 100 % der Arbeitszeit in die Arbeitsgruppe einbringen, da sie Leistungsträger in den unterschiedlichsten Bereichen seien. Außerdem seien die internen Abgabefristen sehr lang, so dass Anfang Januar die Vorlage fertig sein müsste, damit sie noch in der Beigeordnetenkonferenz beraten und an die Gremien des Stadtrates weitergegeben werden könnte.

Welchen Fortgang die Prüfungen nehmen, könne durch die Mitglieder der Fraktionen im Verwaltungsrat der BMA verfolgt werden.

Ergebnis:

Die Mitglieder des Ausschusses erklärten sich mehrheitlich damit einverstanden, den Antrag in der Sitzung des Ausschusses am 19.06.2007 erneut zu beraten.

**zu 5.3 Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Bau der Lärmschutzmaßnahme im Gewerbegebiet Halle-Ost
Vorlage: IV/2006/05541**

Da der Änderungsantrag zum Antrag weiterreichend ist, wurde die Diskussion zu TOP 5.3.1 geführt – Ausführungen siehe dort.

Abstimmungsergebnis:

siehe Beschluss zur Vorlage IV/2006/06044 – TOP 5.3.1

**zu 5.3.1 Änderungsantrag zum Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Bau der Lärmschutzmaßnahme im Gewerbegebiet Halle-Ost (Vorlage-Nr.: IV/2006/05541)
Vorlage: IV/2006/06044**

An der ausführlichen Diskussion beteiligten sich Frau Wolff, Herr Bönisch, Herr Dr. Meerheim, Herr Zeitler, Herr Schramm, Herr Wolter, Herr Dr. Pohlack und Herr Heinz.

Frau Wolff begründete den Antrag noch einmal ausführlich und bemängelte den nicht lösungs- und problemorientierten Umgang der Verwaltung mit den Problemen der betroffenen Bürger und mit dem Antrag. Einige Mitglieder bekräftigten die Aussagen.

Herr Dr. Pohlack führte aus, dass die planungsrechtliche Diskussion sehr, sehr ausführlich im Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten geführt worden sei. Es sei durch die Verwaltung eine preiswertere Variante vorgeschlagen worden, die durch die Mitglieder des PLUA noch nicht behandelt wurde. Die Einstufung als Mischgebiet wurde durch eine externe und interne Prüfung aufgrund mehrerer Parameter innerhalb des Planverfahrens festgestellt. Es gebe keinen Automatismus, dass die Einstufung erlischt, falls das Gewerbe nicht mehr betrieben werde.

Herr Heinz fügte an, dass es sich um eine reine freiwillige Maßnahme handeln würde und kein Exempel statuiert werden sollte, da auch andere Bürger Probleme mit dem Lärm aus den unterschiedlichsten Gründen hätten.

Herr Zeitler regte an, den Antrag noch einmal in den Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten zu verweisen und die Einstufung des Gebietes abermals zu prüfen.

Frau Wolff wies darauf hin, dass der ursprüngliche Antrag in der Sitzung des Stadtrates am 25.01.2006 gestellt worden sei. Eine weitere Vertagung sei nicht zu verantworten. Die Verwaltung hatte genügend Zeit für die Prüfung.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Beschlussvorschlag wird um zwei Punkte ergänzt und lautet neu wie folgt:

„Die Stadtverwaltung wird beauftragt, aktive Lärmschutzmaßnahmen im Abschnitt 3b 2 Hochweg – Delitzscher Straße im östlichen Bereich zwischen Knoten 9 und 10 zu errichten und

1. die Variante 3.5 fachlich auszuarbeiten und
2. für das Jahr des Baubeginns die notwendigen Kosten in den Haushalt einzustellen.“

zu 6 Anfragen von Stadträten

Schriftliche Anfragen lagen nicht vor und mündliche Anfragen wurden nicht gestellt.

zu 7 Beantwortung von Anfragen

Zuschuss der SWH an die Maya mare GmbH Co. KG

Die Beantwortung der Frage von Frau Weiß in der Sitzung des Ausschusses am 11.08.2005 wurde durch die Stadtwerke Halle GmbH vorgenommen. Das entsprechende Schreiben zur Zuschussentwicklung vom 21.09.2006 wurde mit den Sitzungsunterlagen versandt.

Es wurden keine Nachfragen gestellt.

zu 7.1 Rücklagen städtischer Unternehmen

Die BMA hat auf Anregung von Herrn Bönisch in der Sitzung des Stadtrates am 19. Juli 2006 eine umfangreiche Darstellung zu den Rücklagen städtischer Unternehmen erarbeitet.

Die Mitglieder des Ausschusses bedankten sich dafür und nahmen sie zur Kenntnis. Nachfragen wurden nicht gestellt.

zu 8 Anregungen

Es wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

zu 9 Mitteilungen

Sondersitzung und gemeinsame Sitzung mit dem Vergabeausschuss am 9. November 2006, 18:00 Uhr, betreffs PPP

Frau Beßler informierte über die o. g. geplante Sitzung.

Die Mitglieder erklärten sich einstimmig damit einverstanden, für diese Sitzung die Fristen des Vergabeausschusses für die Übersendung der Unterlagen zur Sitzung zu übernehmen. Danach werden die Unterlagen am 1. November 2006 per Fahrer zugestellt.

Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender des
Ausschusses

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin

Dr. Thomas Pohlack
Beigeordneter
Planen und Bauen

Martina Beßler
Referentin
Protokollantin